

# Wir sollten uns unbeirrt an unseren westlichen Wertvorstellungen orientieren

**EWS-Wirtschaftsgespräche in Going: Sofern Europa seine Karten richtig ausspielt, kann es eine blühende Zukunft vor sich haben**

***Welchen Stellenwert haben die westlichen Werte in der globalisierten Welt? Diese Frage stand im Mittelpunkt der EWS-Wirtschaftsgespräche „Nach den Wahlen in den USA und Deutschland – der Westen in der neuen multipolaren Welt“ am 8. und 9. Mai 2025 in Going / Österreich. In diesem Zusammenhang wurden weitere spannende Themen diskutiert: die Steuer- und Finanzpolitik der schwarz-roten Koalition in Deutschland, die Neuausrichtung der Brüsseler Politik nach dem Wahlerfolg der Europäischen Volkspartei (EVP) bei den jüngsten Wahlen zum Europaparlament und die Folgen der rasant zunehmenden technischen Stärke Chinas für die europäische Industrie.***

„Was bleibt von unseren westlichen Werten in dieser turbulenten Zeit, in der wir plötzlich zwischen den USA und Russland stehen? In einer Zeit, in der die USA diese Werte missachten und Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führt?“, gab EWS-Präsident Dr. Ingo Friedrich in seiner Begrüßung den roten Faden der Veranstaltung vor.

„Aus meiner Sicht verlieren die westlichen Werte aktuell global an Raum – wie in keiner anderen Phase seit dem Zweiten Weltkrieg“, meinte Prof. Dr. Gregor Kirchhof, an der Universität Augsburg Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Finanzrecht und Steuerrecht, Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht sowie Dekan der Juristischen Fakultät. „Wir Europäer sollten uns die Frage stellen, wie Europa in 10, 20 oder 50 Jahren aussehen soll. Unser Vorbild können die Mütter und Väter des Grundgesetzes sein. Sie haben in der Stunde Null nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges grundlegend aus den Werten heraus gedacht und für die Zukunft der deutschen Gesellschaft Ziele formuliert, die damals vollkommen unwahrscheinlich schienen: ein gleichberechtigtes Mitglied eines vereinten Europas zu sein und dem Frieden der Welt zu dienen.“



**Hochkarätig besetzt und gut besucht – die EWS-Wirtschaftsgespräche am 8./9. Mai 2025 in Going in Österreich diskutierten grundlegende Fragen, die maßgeblich mit über die künftige Position und Bedeutung Europas in der zunehmend globalisierten Welt entscheiden werden – insbesondere auch Deutschlands als wirtschaftlich stärkstem Mitglied der Europäischen Union.**

Doch was konkret meinen wir, wenn wir von den westlichen Werten sprechen? „Aus europäischer Sicht haben die westlichen Werte ihren Ursprung in den Kardinaltugenden Gerechtigkeit, Mäßigung und Tapferkeit der griechischen Antike. Später wurden sie von den Römern bestätigt und im vierten

Jahrhundert nach Christus schließlich Teil der christlichen Lehre“, erklärte Kirchhof. In anderen Kulturkreisen gebe es vergleichbare Tugenden. Beschäftige man sich mit normativen Ordnungen dieser Kulturkreise wie zum Beispiel dem Konfuzianismus, dem Judentum oder dem Islam, finde man erstaunliche Parallelen zu den Kardinaltugenden des Christentums.

Unser Recht nehme diese Werte auf. Aber nicht 1:1. „Vielmehr übersetzt es sie in rechtliche Vorgaben, die jeweils ihre eigene Rationalität und ihre Grenzen haben“, stellte der Staatsrechtler fest. In Deutschland gelte es, hier verschiedene Ebenen und die grundsätzliche Trennung der *grundrechtsverpflichteten öffentlichen Gewalt* (in unserem Staat differenziert zwischen Gemeinden, Ländern, Bund und EU) von der *grundrechtsberechtigten Gesellschaft* zu betrachten.

### **Die Grenzen normativer Ordnungen**

Kirchhof: „Manche rechtlich normierten Werte adressieren bewusst nicht die öffentliche Hand, sondern nur die Gesellschaft. Das historische Beispiel gibt die Französische Revolution. Wir alle kennen ihren Dreiklang: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Aber wenn wir in die späteren Rechtsdokumente schauen, werden wir dort den Begriff Brüderlichkeit – heute würden wir Solidarität sagen – nicht finden.“ Solidarität oder Gerechtigkeit könne man rechtlich nicht vorschreiben. Hier kann das Recht helfen – insbesondere bei der Gerechtigkeit. Es stößt aber auf Grenzen. „Aus meiner Sicht ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir uns der Grenzen jeder normativen Ordnung bewusst sind und uns folgenden Fragen stellen: Wo endet die rechtliche Argumentation? Wo beginnen ethische oder politische Erwägungen? Das ist für den Umgang mit den Werten eine ganz zentrale Erkenntnis“, stellte Kirchhof fest.

Aus dieser Perspektive heraus beleuchtete er die Frage, wie unser Staat mit radikalen Parteien umgehen sollte, und über welche rechtlichen Instrumente er hier verfügt. So gebe es hierzulande seit 2017 nicht mehr nur das Parteienverbotsverfahren, sondern auch die Möglichkeit, Parteien ‚lediglich‘ von der öffentlichen Finanzierung auszuschließen. Der grundlegende Gedanke: Parteienverbote seien endgültig. Der Ausschluss von der öffentlichen Finanzierung dagegen lasse die Option offen, die Partei wieder in den rechtsstaatlichen Raum zurückzuholen. Kirchhof: „Ich bin in beiden Fällen skeptisch, insbesondere aber bei Parteienverboten. Diese Verfahren dauern lange, ihr Ausgang ist ungewiss und womöglich stärken wir die Parteien in ihrer Märtyrerrolle, wenn wir sie verbieten.“ Denn eine Gründung von Nachfolgeorganisationen ließe sich faktisch nicht verhindern.



**Prof. Dr. Gregor Kirchhof, an der Universität Augsburg Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Finanzrecht und Steuerrecht, Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht sowie Dekan der Juristischen Fakultät: „Entscheidend am Umgang mit radikalen Parteien ist, dass wir werteorientiert handeln.“**

Aktuell werde auch wieder die Verwirkung von Grundrechten diskutiert. Wie bei Parteiverboten könne auch hier nur das Bundesverfassungsgericht entsprechende Entscheidungen treffen. Aber auch vom Gebrauch dieser Möglichkeit im Kampf gegen radikale Parteien riet Kirchhof ab: „Wer Rechte entzieht, betritt im Grunde selbst das Feld der Radikalität.“ Interessant dagegen sei die Idee, radikalen Personen das passive Wahlrecht zu entziehen. Wer sich erwiesenermaßen verfassungsfeindlich verhalte, sollte in unserem Staat kein besonderes Amt übernehmen können. Doch auch hier sei eine Zurückhaltung geboten, damit das Instrument nicht missbraucht werde. Aktuell genutzt werde die Möglichkeit zulässiger staatlicher Benachteiligungen – wenn Mitglieder radikaler Parteien nicht in Richterämter oder zu Ausschussvorsitzenden gewählt werden.

## Radikale Parteien inhaltlich stellen

Allerdings helfe dieses juristische Arsenal im politischen Umgang mit radikalen Parteien nicht wirklich weiter. Wie also sollten wir mit ihnen umgehen? Zunächst müsse die Politik die drängenden Aufgaben unserer Zeit – die Sicherheit, Migration, den Klimaschutz oder die Förderung von schwachen Regionen in Ost und West – besser lösen. Das alleine reiche aber nicht. „Ideologen und Radikale sind nicht zu verteufeln. Das ist kein guter Stil und hilft ihnen nur. Vielmehr sollten wir versuchen, die radikalen Kräfte, auf jeden Fall aber ihre Wähler, in die politische Mitte zurückzuholen. Dafür müssen wir sie inhaltlich stellen – in ihren verfassungsrechtlichen, aber auch in ihren ethischen und weiteren normativen Tabubrüchen“, so Kirchhofs Antwort auf diese Frage. Führe man im politischen Diskurs immer wieder vor Augen, welche Aussagen radikal sind, werde der Diskurs klar – und werden die Werte in der Negation des Radikalen deutlich. Zudem gebe man radikalen Kräften die Chance, sich zu korrigieren. Auch wenn diese Chance dann ungenutzt verstreiche.

„Die radikale Aussage, mit radikalen Parteien in keinem Bereich zu kooperieren, halte ich für falsch“, betonte der Staatsrechtler. Sie werde weder dem Parlamentarismus noch Versuchen gerecht, diese Parteien und ihre Wähler wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückzuziehen. Außerdem ist ein Gesetz nicht deshalb abzulehnen, nur weil bestimmte Parteien zustimmen. Diese Macht dürfe man den radikalen Parteien nicht geben. Brandmauern oder Tore zur Hölle gebe es in keinem Plenarsaal. Zu solche Beschreibungen möge man vielleicht angesichts bestimmter Tabubrüche neigen. Sie werden aber nicht den gesamten Parteien und schon gar nicht ihren Wählerinnen und Wählern gerecht. „Selbstverständlich ist für mich dagegen, dass mit radikalen Parteien keine Koalitionen gebildet werden, um an die Macht zu kommen“, zog Kirchhof eine klare Grenze der Zusammenarbeit.

„Entscheidend am Umgang mit radikalen Parteien ist, dass wir wertorientiert handeln – sonst haben unsere Werte keine Chance, zur Entfaltung zu kommen“, so der Staatsrechtler. „Radikalisierungen betreten auch eine emotionale Ebene, auf der wir klug agieren müssen. Es geht darum, wieder mehr Menschen für das wunderbare Wagnis der westlichen Werte zu gewinnen, für die Demokratie und den sozialen Rechtsstaat, für Gleichheit, Freiheit und Würde. Wir brauchen ein gutes Rechtssystem, dringend aber auch andere normative Ordnungen – und sollten insbesondere die transzendente Perspektive nicht vernachlässigen. Vor allem wir in Europa meinen heute, viele Dinge bis ins Detail rechtlich gestalten zu müssen. Dabei ist der Gedanke der Freiheit eigentlich der, ins Unbekannte und Ungeplante aufzubrechen. Aus meiner Sicht sollten dabei auch transzendente Quellen eine Rolle spielen, wie auch immer sie ausgestaltet sind. Im täglichen Leben handeln wir rational, aber auch emotional, intuitiv und mit Instinkt. Diese Perspektiven machen den Menschen aus. Wir sollten sie nicht vernachlässigen!“



**EWS-Präsident Dr. Ingo Friedrich:**  
„Wenn wir Europäer unsere Karten richtig spielen, hat Europa eine blühende Zukunft vor sich.“

Welche Art von Staat sollte Europa werden, fragte Friedrich. „Mein Vorbild wäre die Schweiz, aber auch Bayern. Warum haben die Menschen hier solch ein starkes Identitätsgefühl? Ich denke, weil die Schweiz und Bayern so viele regionale Identitäten zulassen – und diese dort auch erwünscht sind. Aus meiner Sicht ist das ein Schlüssel ihres Erfolgs, eine Quelle der übergreifenden Identität“, antwortete Kirchhof. Europa sollte sich daran orientieren.

## Die aktuellen Herausforderungen als Chancen begreifen

Friedrich mahnte die Europäer, sich ihrer Stärke zu besinnen: „Wir sind in Europa 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger, mit Großbritannien sogar noch 80 Millionen mehr. Die US-Bevölkerung beträgt

350 Millionen Menschen, Russland hat sogar nur 160 Millionen Einwohner. Wenn man versteht, aus Herausforderungen Chancen zu machen, wird man der Gewinner sein. Und wir Europäer wollen Gewinner sein. Ich glaube, wenn wir Europäer und Deutschen als Führungskraft in der EU unsere Karten richtig spielen, hat Europa eine blühende Zukunft vor sich.“

Tobias Winkler, Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Fürth, berichtete in diesem Zusammenhang vom EVP-Kongress vom 30. März 2025 in Valencia in Spanien. Dieser hatte den designierten deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz nach seiner Rede mit ‚Standing Ovation‘ gefeiert. „Die Erwartungen an Deutschland, den Politikwechsel in Europa voranzutreiben, sind enorm hoch“, so Winkler. Damit seien sie in dieser Form aber auch kaum erfüllbar. Ein Hauptziel des angestrebten Politikwechsels müsse sein, das Vertrauen in die politische Mitte wiederherzustellen. „Ich weiß gar nicht, ob ich die radikalen Parteien in die Mitte zurückholen will. Auf jeden Fall aber ihre Wählerinnen und Wähler.“ In einigen europäischen Ländern wie zum Beispiel Dänemark sei das gelungen. Unter anderem mit einer korrigierten Migrationspolitik.



**Bundestagsabgeordneter Tobias Winkler: „Wir müssen das Vertrauen in die politische Mitte wiederherstellen, Probleme lösen zu können.“**

„Mehr und mehr Menschen haben das Gefühl, dass Demokratien nicht mehr entscheiden – schon gar nicht in ihrem Sinne“, vermutete Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Deutschland, einen Hauptgrund für das Erstarken radikaler Parteien in vielen europäischen Ländern. Doch wie realistisch ist es, dass die neue Bundesregierung in der Lage sein wird, die für einen grundlegenden Politikwechsel erforderlichen Entscheidungen zu treffen – und damit den hiesigen radikalen Parteien den Wind aus den Segeln zu nehmen?

### **Noch mehr Geld löst unsere Probleme nicht**

„Die Union und die SPD haben diametral entgegengesetzte Vorstellungen von der Finanzierung unseres Staates. Zumindest in fiskalischen Fragen ist die Koalition sehr weit auseinander – unter anderem bei der Erbschafts- und der Vermögenssteuer, beim Solidaritätszuschlag sowie der Grundsteuer und bei anderen Steuern. Dass man sich in der Arbeitsgruppe Haushalt, Steuern, Finanzen am Ende wieder gesiezt hat und nicht einmal mehr gemeinsam zum Essen gegangen ist, scheint mir auch ein Zeichen zu sein“, überlegte Holznagel. Man könne davon ausgehen, dass es alleine hier einen permanenten Koalitionsstreit geben werde. Fakt sei, dass die SPD weiterhin mit Umverteilung und Steuererhöhungen liebäugle, während die Union hier noch dagegenhält. „Ich sehe aber auch in Unionskreisen Debatten, die nicht gerade Steuersenkungen vorantreiben“, stellte der BdSt-Präsident fest.

Kritisch beleuchtete er die noch vom alten Bundestag beschlossene Verfassungsänderung, mit der die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz gestrichen wurde, und die beschlossenen ‚Sondervermögen‘ – die letztlich nichts anderes als neue Schulden sind: „Der Bundestag hat einer Verfassungsänderung zugestimmt, ohne zu wissen, wie das Kleingedruckte aussieht.“ Schließlich werde erst in den ‚Ausführungsgesetzen‘ festgelegt, wie die Gelder konkret verwendet werden.

Die Mentalität, wir lösen unsere Probleme mit noch mehr Geld, müsse verändert werden. Vielmehr solle ein Hauptziel der neuen Regierung die Konsolidierung des Haushalts sein. Also eine ‚schwarze Null‘, wie es sie unter Finanzminister Wolfgang Schäuble gegeben habe. Holznagel: „Die

Bundesregierung muss die Staatsfinanzen wieder ins Lot bringen. Eine Schuldenbremse ist kein Hindernis, sondern ein Symbol dafür, dass der Staat mit dem auskommt, was er zuvor eingenommen hat.“

### **Wir schränken unseren Handlungsspielraum ein**

Der BdSt-Präsident betonte die Konsequenzen der Verschuldung für die aktiven Haushalte. So musste der Bund 2021, also in der Niedrigzinsphase, für seine Schulden knapp 4 Mrd. Euro Zinsen zahlen. Seither ist dieser Betrag auf knapp 40 Mrd. Euro pro Jahr gestiegen. Setze die Koalition ihre Pläne um, werde die jährliche Zinsbelastung auf etwa 65 Mrd. Euro steigen. Hinzu kommen die Zinszahlungen der Länder und Kommunen.

„Das wird uns noch auf die Füße fallen, weil ein Großteil der zur Verfügung stehenden Finanzmittel Zinszahlungen sein werden“, stellte Holznagel fest. Ganz zu schweigen von den Zahlungsverpflichtungen, die aus der impliziten Staatsverschuldung resultieren. Der Handlungsspielraum der Regierung



**BdSt-Präsident Reiner Holznagel: „Wir haben in Deutschland kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.“**

werde kontinuierlich weiter eingeschränkt. Frankreich zeige, dass eine solche Entwicklung zum Bruch von Regierungskoalitionen führen kann. Zudem könne die rasant steigende Gesamtverschuldung dazu führen, dass Deutschland an den Finanzmärkten sein Triple-A-Rating verliert. Auch dadurch würde die Zinsbelastung steigen.

„Wir haben kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. In 2019, dem letzten Jahr vor Corona, betrug das Gesamtvolumen des Bundeshaushalts 357 Mrd. Euro. Mittlerweile, nach unter anderem etlichen ‚Sparhaushalten‘ und ‚Kürzungen‘, beträgt das Gesamtvolumen 489 Mrd. Euro – zuzüglich diverser ‚Sondervermögen‘. Wer sagt, wir sparen uns tot, sieht schlicht und ergreifend die Zahlen nicht. Wir haben Auswüchse in allen Haushalten“, mahnte Holznagel. Der Bundesrechnungshof spreche bereits von ‚versteinerten Haushalten‘, weil die festen Blöcke mittlerweile derart viele finanzielle Ressourcen vereinnahmen. Deutschland brauche radikale Reformen. Im Koalitionsvertrag habe man sich hier vor detaillierten Aussagen gedrückt. Immerhin aber wolle die Bundesregierung die öffentliche Verwaltung verschlanken, indem sie die Zahl der Verwaltungsbeamten um 8 % reduziert.

### **Wir bestrafen Mehreinkommen wie kein anderes Land**

Darüber hinaus mahnte der Steuerzahlerpräsident dringend erforderliche Veränderungen in der Steuerpolitik an. Erst kürzlich habe die OECD Deutschland wieder seine extrem hohe Steuerbelastung attestiert. Demnach gebe der durchschnittliche deutsche Steuerzahler – direkte und indirekte Steuern zusammengerechnet – von jedem verdienten Euro mehr als 50 Cent an den Staat ab. Holznagel: „Zu unseren Hauptproblemen zählt der extrem leistungsfeindliche Mittelschichtsbauch in unserem Einkommensteuertarif. Wird zum Beispiel der Mindestlohn tatsächlich auf die geforderten 15 Euro erhöht, entspricht das einer Einkommensverbesserung um 22 %. Gleichzeitig steigt die Steuerbelastung der Mindestlohnbezieher um 62 %.“

Weltweit gebe es keinen zweiten Steuertarif, der Mehreinkommen so bestrafe wie das deutsche Steuersystem. Hier gebe es dringenden Handlungsbedarf. „Aber hier sehe ich noch nichts. Immer wieder gerät auch der Spitzensteuersatz in emotionale Diskussionen, die völlig befreit von Wissen sind. Der Spitzensteuersatz beginnt in Deutschland sehr früh: bereits beim 1,3-fachen des

Durchschnittseinkommens. Wir sind ein Land der Spitzensteuersatzzahler“, so Holznagel. Zudem habe Deutschland ein massives Bürokratieproblem. „Bevor wir neue Geldausgaben beschließen, müssen wir auch hier die Strukturen verändern.“

### **Wie uns China zunehmend einheizt**

Mit hohen Steuern und Abgaben, extrem ineffizienten Steuersystemen und ausufernder Bürokratie bestrafen und behindern wir Europäer nicht nur Arbeitsleistung und Investitionen. Vielmehr tragen diese Hemmnisse für private und unternehmerische Initiative auch dazu bei, dass wir uns in vielen Technologiefeldern von anderen Regionen der Welt überholen lassen.

Insbesondere China schießt in vielen Bereichen an die Spitze. „China ist heute in 37 von 44 der wichtigsten innovativen Technologiebereiche besser aufgestellt als die USA und die EU“, zitierte Prof. Dr. Georg Bouchè, Honorarkonsul der Republik Gambia für Baden-Württemberg und Bayern, eine Studie des ASPI-Instituts (Australian Strategic Policy Institute) aus dem Frühjahr 2023. „Das sind Zahlen, die ich erschreckend finde.“

Ein Beispiel ist das SSPS-OMEGA-Projekt (Space Solar Power Station via Orb-shape Membrane Energy Gathering Array) an der Xidian University in der Provinz Shaanxi. Hier ist es weltweit erstmals gelungen, die Energie der Sonne aus dem Weltall in Strom umzuwandeln und über Mikrowellen zu einer Bodenstation auf der Erde zu schicken. Dabei überwand das Team der Universität eine Strecke von 55 m. Im nächsten Schritt sollen es 20 km und schließlich 36.000 km sein. Denn ab dieser Höhe verdeckt die Erde die Sonne nicht mehr, so dass diese Energiequelle rund um die Uhr Strom produziert.

Internet-Plattformen wie WeChat und TikTok, die Suchmaschine Baidu, virtuelle Internet-Influencer, die Chip-Herstellung, die Vorreiterrolle der chinesischen Stadt Shenzhen beim autonomen Fahren, die mittlerweile lange Liste der Automobilkonzerne, Überschallflugzeuge, Smartphones, Apps, Solarzellen, Wein und Zigarren: „Wir könnten hier noch endlos über weitere Bereiche sprechen, bei denen China in der Entwicklung mittlerweile ganz vorne dabei ist und sich von Produkten aus dem Westen unabhängig gemacht hat“, stellte Bouchè fest. „Wie gehen wir am besten mit dieser Entwicklung um? Kooperieren wir mit China? Arbeiten wir gegen China?“

Kooperation sei sicherlich ein richtiger Ansatz, und es gebe viele Beispiele westlicher Unternehmen, die in China erfolgreich unterwegs sind. Natürlich müssten sie sich an den Bedingungen des chinesischen Marktes orientieren, was in aller Regel dazu führe, dass sie dort vollkommen anders agieren als in ihren Heimatländern. Beispiel Aldi Süd: In China verfolgt das Unternehmen ein modernes Ladenkonzept mit Angeboten höherwertiger Produkte und Dienstleistungen. „In den Aldi-Filialen in China kann man sich stundenlang aufhalten und zum Beispiel Kaffee trinken oder ins Internet gehen“, so Bouchè.

Darüber hinaus gebe es viele weitere Möglichkeiten, wo Europa ansetzen könne und müsse. Zum Beispiel schneller in der technischen Entwicklung werden und seine wissenschaftlichen Einrichtungen fördern. Bouchè: „Ich freue mich, dass wir diese Fragen in diesem Kreis diskutieren können.“

Johannes Maruschzik  
Repräsentant des Europäischen Wirtschaftssenats (EWS)  
[j.maruschzik@eu-wirtschaftssenat.eu](mailto:j.maruschzik@eu-wirtschaftssenat.eu)  
Mobil +49 151 1955 7472

In Kooperation mit  
Glasshouse – Studies on a New Economy